

Tausende Stasi-Veteranen arbeiten im Öffentlichen Dienst – Opfer und Bürgerrechtler sind entsetzt



Alfred Gomolka (CDU), Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 1992



Manfred Stolpe (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg 1990 bis 2002



Gerd Gies (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt 1990/91



Josef Duchac (CDU), Ministerpräsident von Thüringen 1990 bis 1992



Stanislaw Tillich (CDU), Ministerpräsident von Sachsen seit 2008

Wie aus Spitzeln Ordnungshüter wurden

Von Peter Gärtner

Berlin. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein früherer Stasi-Spitzel DDR-Geschichte unterrichtet, ist in Sachsen-Anhalt und Sachsen am größten. Nach Angaben des Landesbeauftragten für die MfS-Unterlagen in Sachsen-Anhalt wurden in den neunziger Jahren allein im Bereich des Kultusministeriums 1976 frühere Stasi-Mitarbeiter vor allem als Lehrer weiterbeschäftigt. Bei der Polizei dürften zwischen Magdeburg und Dessau 1722 Ex-Stasi-Leute weitermachen.

Insgesamt sollen gut 17 000 frühere Beschäftigte des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit im öffentlichen Dienst der ostdeutschen Länder trotz Überprüfung geblieben sein. Darunter sind noch immer Hunderte ehemalige Stasi-Helfer im Polizeidienst.

„Unglaublich“, sagt Peter Alexander Hussock dieser Zeitung, „das sind Größenordnungen, die ich mir bislang nicht vorstellen konnte“. Der Vorsitzende von Help, der Hilfsorganisation für politisch Verfolgte, versteht vor diesem Hintergrund die heutigen Schwierigkeiten vieler Stasi-Opfer besser. „Da ist es doch kein Wunder, dass unsere Leute in den ostdeutschen Versorgungsämtern ständig auf Hürden und Schikanen stoßen.“

„Blockflöten“ gaben den Ton an

Warum ausgerechnet in den nach 1990 CDU-regierten Ländern die Zahl der Übernahmen von Ex-Spitzeln in den öffentlichen Dienst besonders hoch ist – 4400 in Sachsen-Anhalt und 4100 in Sachsen – erklärt sich Hussock unter anderem mit dem großen Einfluss der früheren Block-CDU-Funktionäre. „Die waren ja nicht weniger staatstragend in der DDR als die der SED.“ Es sei doch unfassbar, sagt der heute 68-jährige, der zu DDR-Zeiten elf Monate in Stasi-U-Haft saß, „dass die Rolle der Block-CDU an der Seite der SED bis heute nicht richtig aufgearbeitet wurde.“

Ausgelöst wurden die Recherchen über die bislang in ihrer Höhe unbekannteste Zahl ehemaliger Stasi-Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer durch die Beschäftigung ehemaliger MfS-Offiziere bei der Polizei in Brandenburg. Das

Potsdamer Innenministerium bestätigte immerhin 58 Fälle von Ex-Spitzeln im Landeskriminalamt: Es soll sich vor allem um frühere Personenschutzler des MfS handeln, die damals als politisch eher unbedenklich eingestuft worden sind. In dem einzigen Bundesland im Osten ohne Stasi-Beauftragten hatten Experten eigentlich die höchste Zahl von Übernahmen befürchtet; tatsächlich wurden in der Mark 2942 Ex-Spitzel im öffentlichen Dienst übernommen. Schließlich stand nach der Einheit mit Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) ein ehemaliger DDR-Kirchenpolitiker an der Spitze, der mit der Stasi gekungelt hatte. „In Brandenburg ist es durch den Fall Stolpe zu einer besonderen Diskussionslage gekommen“, sagt Stephan Hilsberg. „Aber es gab kein Land in Ostdeutschland bis auf Sachsen, das damals einen Ministerpräsidenten ohne Stasi-Kontakte hatte.“

Der frühere DDR-Bürgerrechtler, der seit 1990 als brandenburgischer SPD-Abgeordneter im Bundestag sitzt, zeigt sich von der Entwicklung nicht wirklich überrascht. „Aber die Gesamt-Zahl ist doch erschreckend hoch.“ Als Mitglied der Enquete-Kommission hatte Hilsberg die Stasi-Überprüfungen in Sachsen-Anhalt genauer unter die Lupe genommen. „Eine Zahl von 45 bis 50 Prozent wurden tatsächlich überprüft und da wurden auch Konsequenzen gezogen, bei der anderen Hälfte jedoch nicht“, erinnert er sich.

Überprüfungen als Farce

Die Stasi-Beauftragten der ostdeutschen Länder sind sich in ihrer Bewertung der damaligen Überprüfungen weitgehend einig: Sie sind schon deshalb aus heutiger Sicht oberflächlich und großzügig ausgefallen, weil bis Mitte der neunziger Jahre nur 20 Prozent der Stasi-Unterlagen erschlossen

waren. Heute sind es 85 Prozent.

„Ich würde mir wünschen“, erklärte Gerhard Ruden, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, „dass es eine erneute Überprüfung aller Mitarbeiter des Landesdienstes gäbe.“ Zwar sehe dies das Stasiunterlagengesetz (StUG) zwar nur noch für Leitungspositionen vor. Aber nach den Unterlagen seiner

Behörde gebe es in der Polizei und unter Lehrern ehemalige Mitarbeiter der Stasi. „Das sind Vertrauenspositionen“, sagte Ruden der „Mitteldeutschen Zeitung“, „da geht ein solcher biografischer Hintergrund überhaupt nicht.“ Der frühere DDR-Bürgerrechtler hatte die CDU/SPD-Landesregierung in Magdeburg aufgefordert, vor der Gesetzes-

änderung 2006 eine Prüfung aller Ministeriums-Mitarbeiter vorzunehmen. „Das ist nicht geschehen. Auch zuvor wurden regelmäßige Prüfungen versäumt“, kritisierte Ruden gegenüber dem Hallenser Blatt. Vor diesem Hintergrund ist auch Hilsberg stets davon ausgegangen, „dass im öffentlichen Dienst im Osten sehr viele Ex-Spitzel überwintert haben“. Dies betreffe aber nicht nur Ex-Stasi-Leute, sondern noch weit mehr Personen, die im DDR-Staatsapparat in Führungspositionen tätig waren.

Sachsens CDU-Regierungschef Stanislaw Tillich sei als früherer Vize-Chef des Rates des Kreises Kamenz nur ein Beispiel von vielen. Vor allem die unter der Regierung Hans Modrow neu gegründeten Arbeitsämter hätten sich als Kader-Auffangbecken bestens geeignet. „Die Idee des Elitewechsels und der Versuch, neue demokratische Institutionen aufzubauen, die unbelastet sind, hat sich eben nur teilweise realisieren lassen“, bilanziert Hilsberg gegenüber unserer Zeitung.

Deutungshoheit über die DDR

Ob in Schulen, bei Behörden oder der Polizei – die alten Kader gehörten zum Kollegium und beeinflussen natürlich auch andere, die sich mit der DDR-Vergangenheit beschäftigen wollen. „Aber so zu tun, als ob ehemalige Stasi-Mitarbeiter im Lehrdienst die Hauptverantwortung dafür tragen, dass die Schule – was die Aufklärung über die DDR-Zeit betrifft – im Regelfall in Ostdeutschland versagt, das hieße die eigentlichen Ursachen in Familie und Gesellschaft nicht in den Blick zu nehmen.“

Die Folgen für die nachwachsenden Generationen sollte man sich allerdings vor Augen führen: Natürlich trage die große Anzahl von Ex-Spitzeln und -Kadern dazu bei, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur oft mit abwertenden Kommentaren begleitet, das Bild über die DDR sehr rosarot gemalt werde, zunehmend nostalgische Erscheinungen auftreten und wenig Vertrauen in die demokratischen Institutionen aufgebaut werden könne. Oft erlebe Hilsberg Verwaltungen in Ostdeutschland so bürgerfern und arrogant – „da hat man das Gefühl, es weht noch der alte Geist.“



„Diese hohe Zahl überrascht mich überhaupt nicht“

Siegfried Reiprich von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen über die vielen ehemaligen Stasi-Mitarbeiter in ostdeutschen Behörden

Die Beschäftigten im ostdeutschen öffentlichen Dienst wurden zwar überprüft, aber viel zu lax. Deshalb überrascht den stellvertretenden Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Siegfried Reiprich, auch nicht die immer noch sehr hohe Zahl von ehemaligen Stasi-Beschäftigten in Ämtern und Verwaltung. Mit Reiprich sprach unser Redakteur Hans-Ulrich Brant.

Frage: Etwa 17 000 ehemalige Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit sollen angeblich noch in ostdeutschen Landesverwaltungen arbeiten. Trifft der Vorwurf zu, dass der öffentliche Dienst dort von Stasi-Kadern durchsetzt ist?

Siegfried Reiprich: Wenn die Zahl einigermaßen stimmt, dann schon. Mental ohnehin, allein schon deswegen, weil ja die Stasi Schild und Schwert der SED, der Partei, war. Und von SED-Kadern ist der öffentliche Dienst in Ostdeutschland erst recht durchsetzt. Man kann sogar sagen, dass die alten Kader der Nomenklatura im Großen und Ganzen Gewinner der Einheit sind, weil sie die sichersten, bestbezahltesten und gemütlichsten Jobs erhalten haben.

Die hohe Zahl überrascht Sie nicht?

Nein, überhaupt nicht. Bedenken Sie: Es gab ungefähr 270 000 ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Stasi-Mitarbeiter. Also genügt in den Überprüfungen eine Fehlerquote von fünf bis sechs Prozent, um eine solche hohe Zahl zu erklären.

Waren nicht wieder alle auf einem Auge blind – die vielen Stasi-Leute konnten sich schließlich nicht in Luft auflösen?

Ja und nein. In der Praxis von Verwaltungen und politischer Bürokratie können Dinge anders gehandhabt werden, als sie dem Geist und Buchstaben eines Gesetzes entsprechen. Viele wollten sicher auch nicht genau hingucken. Nicht nur Ostdeutsche, auch Westdeutsche haben sich vor dem Mauerfall nicht mit Ruhm bekleckert, was geistig-moralische Stärke und Widerstandskraft gegen totalitäre Ideologien betrifft.

Ein Ex-Stasi-Spitzel als Geschichtslehrer in Sachsen oder Sachsen-Anhalt – das ist keine beruhigende Vorstellung.

Nein, und da gibt es viele weitere Beispiele. Ich habe selbst in den frühen 90er-Jahren am GeoForschungszentrum Potsdam gearbeitet und dort sind einige Wissenschaftler aufgeflogen, die verschwiegen hatten, dass sie vorher bei der Stasi waren. Stellen Sie sich vor, jemand sitzt als Chef eines Rechenzentrums in einer Großforschungseinrichtung und hat Zugriff auf sämtliche Nutzerkonten von Hunderten von Wissenschaftlern inklusive deren E-Mail-Kontakten. Da kann es einen schon gruseln. Wäre dieser Mann nicht zufällig aufgefliegen, würde er wohl heute noch dort sitzen.

Trotz Überprüfung: Über die Hälfte der festgestellten Stasi-Mitarbeiter wurden in ostdeutschen Behörden weiterbeschäftigt. Sind die gleichen Fehler gemacht worden wie nach dem Zweiten Weltkrieg mit ehemaligen Nationalsozialisten?

Sicherlich hat es eine strukturelle Entnazifizierung im Westen gegeben, die dann auf halbem Wege stecken blieb. Und damals wurde ja nicht nur nach Gestapo-Tätigkeit, sondern auch nach NSDAP-Mitgliedschaft gefragt. Das geschah im Osten überhaupt nicht. Die Staatspartei wurde weder verboten noch enteignet, wurde nicht von ihrem Propaganda-Apparat befreit – der Völkische Beobachter ist zerschlagen und verboten worden, das Neue Deutschland nicht, wie Henryk M. Broder betonte. Es gibt also Unterschiede. Im Großen und Ganzen aber wurden heute wie damals ähnliche Fehler gemacht. Das ist auch verständlich, denn wenn die Angehörigen der angepassten Mehrheit einer Gesellschaft sich mehr oder weniger zu Rädchen einer Diktatur machen ließen, dann hatten sie wenig innere Motivation für eine wahrhaftige Aufarbeitung. Das hieß nämlich, in den Spiegel zu gucken und nach eigener Verantwortung zu fragen.

Es wurde überprüft, aber zu lax. Kündigungen sind jetzt praktisch nicht mehr möglich. Dennoch gibt es Forderungen nach neuen Überprüfungen. Ist das sinnvoll?

Recht ist nur von Menschen gemacht und damit immer nur ein unvollkommener Versuch, das menschliche Zusammenleben vernünftig zu regeln. Recht kann sich also ver-

ändern – das hängt vom Zeitgeist ab. Zwar sind Kündigungen im öffentlichen Dienst nach jetziger Rechtslage in der Tat praktisch unmöglich, aber die kann man ändern. Ein neues Parlament könnte neue Regeln finden, wenn es denn den politischen Willen dazu hätte. Festzustellen ist: Es muss sicher nicht sein, alle diese Leute rauszuschmeißen, aber sie sollten zumindest aus Leitungsfunktionen und sensiblen Positionen entfernt werden. Bei dieser Debatte sollte auch nicht vergessen werden, wie moralisch empfindsam junge Menschen sind, denen immer etwas von Zivilcourage erzählt wird. Wenn die den Widerspruch von Sonntagreden und praktischer Politik erleben, dann entsteht ein Schaden, der in den nächsten Jahren noch anwachsen kann. Das muss gerade die ältere Generation begreifen.

Pförtner in einem Amt, ja – Leitungsposition, nein?

Man könnte es auf diese Formel bringen. Ich jedenfalls sehe keine Notwendigkeit, dass man in so großer Zahl Stasi- und SED-Nomenklaturkader in den öffentlichen Dienst integrieren musste.

Jörg Schönbohm (CDU), Innenminister von Brandenburg, hat gerade erklärt, alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes seien doch überprüft worden – damit müsse es nun gut sein.

Das ist zwar eine formal richtige Aussage, der aber ein Stück demokratischer Geist fehlt. Es geht doch nicht nur um die Frage, ob irgendwelche Regeln richtig angewendet worden sind, sondern es muss auch die

ZUR PERSON



Siegfried Reiprich (54) Der Bürgerrechtler wurde 1955 in Jena geboren, engagierte sich im oppositionellen Jenaer Arbeitskreis Literatur, wurde 1981 aus der DDR ausgewiesen. Seit 2001 arbeitet er als stellvertretender Direktor an der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Frage gestellt werden: Wozu sind diese Regeln da? Und sie sind eingeführt worden, um den Opfern der Diktatur, über die viel zu wenig geredet wird, wenigstens ein bisschen Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, indem die Täter und Mitverantwortlichen zumindest leichte Benachteiligungen in Kauf nehmen und nun nicht schon wieder ganz obenauf sind. Die wirkliche Zeche für den sozialistischen Bankrott im Osten und die damit verbundenen sozialen Verwerfungen muss doch sowieso die breite Masse der anständigen kleinen Leute der ehemaligen DDR bezahlen. Insofern kann ich die mangelnde Sensibilität eines sympathischen westdeutschen Politikers nicht verstehen. Ich frage mich auch, wo ist denn eigentlich der humanistische und demokratische Geist vieler Menschen im Westen geblieben.

Es wird jetzt der Finger Richtung Osten gezeigt. Dabei zeigen die Zahlen beim Bundeskriminalamt, dass dies ein gesamtdeutsches Problem ist.

Ja.

Kennen Sie Zahlen aus Westdeutschland?

Nein, nach meiner Kenntnis gibt es für den Westen keine Zahlen. Bekannt ist aber, dass die Verwaltung des Bundesinnenministeriums dafür gesorgt hat, dass SED-Kader aus der Zollverwaltung in der Berliner Zentrale der Gauck-Behörde kulturprägend tätig geworden sind. Wer damals nachfragte, dem wurde reichlich zynisch geantwortet. Ursprünglich sollten mal 17 Ex-Stasi-Leute eingestellt worden sein, letztlich waren es 58, wie vor zwei Jahren rauskam. Es sollte auch nie vergessen werden: Die Stasi ist kein ostdeutsches Regionalproblem allein, sondern ein gesamtdeutsches Problem. Zwei Millionen von sechs Millionen Stasi-Akten behandeln Westdeutsche, darunter natürlich auch ehemalige DDR-Bürger. Hier ist noch viel zu wenig aufgeklärt worden.

Kommt also hier noch das böse Erwachen?

Das weiß ich nicht, wir müssen nachforschen. Es wurde aber auch viel vernichtet, ich kenne das von meiner eigenen Akte. Der West-Teil ist zum größten Teil vernichtet worden, der Ost-Teil ist da.



Das Ende: Im Januar 1990 stürmten Demonstranten die Stasi-Zentrale in Berlin. FOTO: DPA

Hunderttausende spitzelten mit

Berlin (dpa). Wie ein riesiges Spinnennetz überzog das System der Stasi-Spitzel die gesamte DDR. Der „VEB Horch und Guck“, wie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Volksmund hieß – hatte alle Lebensbereiche der DDR-Bürger infiltriert, um sie auf staatsfeindliche Aktionen hin zu überwachen. Die Erkenntnisse wurden in Millionen von Stasi-Akten festgehalten. Die Stasi-Unterlagenbehörde stand nach ihrer Gründung 1991 vor der Aufgabe, die Akten sowie rund eine Million Fotos und Hunderttausende Filmkassetten und Tonträger auszuwerten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Auf insgesamt rund 180 000 wird die Zahl der hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter von 1950 bis 1989 geschätzt. Dennoch stütze sich die Behörde von Stasi-Chef Erich Mielke vor allem auf das Heer der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM), die vielfach nicht als Spitzel zu erkennen waren. 1989 verfügte die Stasi über 91 000 hauptamtliche und 174 000 inoffizielle Mitarbeiter, zusammen 2,5 Prozent der gesamten Bevölkerung der DDR im Alter zwischen 18 und 65 Jahren.